

Überblick zur Bildungs-, Forschungs- und Innovationslandschaft und -politik: Vereinigtes Königreich (Großbritannien)

Das Vereinigte Königreich besteht aus den „Nationen“ England, Schottland, Wales und Nordirland. Streng genommen umfasst dagegen Großbritannien nur England, Schottland und Wales. In dem nachfolgenden Text wird allerdings, dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend *Großbritannien* als eine andere Bezeichnung für das *Vereinigte Königreich* benutzt (*Vereinigtes Königreich (Großbritannien)*). Dies gilt ebenfalls für die Nutzung des Begriffs *Großbritannien* in Nachrichten und Institutionenlinks in der Marginalspalte rechts.

Im Vereinigten Königreich haben die Landesteile Schottland, Wales und Nordirland im Zuge der Devolution eigene Bildungsministerien sowie Wirtschaftsministerien eingerichtet. Sie sind zuständig für die Regulierung der beruflichen Ausbildung und für Studiengebühren an den Hochschulen. Zudem haben sie die Verantwortung für institutionelle Forschungsfinanzierung an den Hochschulen erhalten und führen Maßnahmen zur Innovationsförderung durch. Die Zuständigkeit für die strategische Ausrichtung der Forschungspolitik und die wettbewerbliche Forschungsfinanzierung durch die Forschungsräte liegt jedoch weiterhin bei der britischen Zentralregierung.

Im Juli 2016 wurde Regierung in Folge des Rücktritts des damaligen Premierministers David Cameron nach dem EU-Mitgliedschaftsreferendum des Vereinigten Königreichs über den Austritt aus der Europäischen Union („Brexit“ = „British Exit“). umgebildet. Unter der neuen Premierministerin Theresa May erhielt das Bildungsministerium (Department of Education, DoE) die umfassende Zuständigkeit für alle Bildungssektoren in England, einschließlich Berufsbildung und Hochschulbildung. Die Verantwortung für Forschung und Innovation liegt dagegen weiterhin bei dem britischen Wirtschaftsministerium (siehe unten). Der für Hochschulen, Forschung und Innovation zuständige britische Staatssekretär (Minister of State for Universities, Research, Science & Innovation) untersteht daher sowohl dem Bildungs- als auch dem Wirtschaftsministerium („Joint Minister“).

Traditionell wird berufliche Bildung in England vor Allem über Schulen und Kollegs vermittelt. Ein Kennzeichen ist dabei die unüberschaubare Vielzahl von Anbietern und Abschlüssen. Ab 2020 wird die Anzahl der Abschlüsse für die erste Phase für das Alter von 16-18 Jahre beschränkt und die Anbieter einer Lizenzvergabe unterworfen („Post-16 Skills Plan“). Weiterhin strebt die britische Regierung an, die Anzahl der betrieblichen Ausbildungen („Apprenticeships“) in England deutlich zu erhöhen.

Derzeit gibt es 162 tertiäre Bildungsanbieter, die akademische Abschlüsse vergeben dürfen, von denen 136 in dem Hochschulverband [Universities UK \(UUK\)](#) zusammen geschlossen sind. Das dreijährige Bachelorstudium in England ist auch für einheimische Studierende vergleichsweise teuer. Im OECD-Vergleich ist das Land Spitzenreiter bei den Studiengebühren und liegt kaufkraftbereinigt sogar noch vor den USA. Andererseits vergibt die britische Regierung günstige Vollkreditdarlehen zur Studienfinanzierung. 2017 wurden Reformen eingeführt, nach denen die englischen Hochschulen künftig auch zweijährige Bachelorstudiengänge anbieten können. Während die Studiengebühren hier noch höher sind, ergeben sich aus den kürzeren Studienzeiten dennoch Einsparpotentiale.

Mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Höhe von 49,3 Milliarden USD (kaufkraftbereinigt, Bezugsjahr 2018) belegt das Vereinigte Königreich im weltweiten Vergleich Rang 8 hinter den USA, China, Japan, Deutschland, Südkorea, Frankreich und Indien (UNESCO eAtlas of Research and Experimental Development, [Gesamtausgaben für FuE](#)). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben und damit die FuE-Intensität jedoch verhältnismäßig gering: Hier erreicht das Vereinigte Königreich nur einen Wert von 1,7 Prozent (siehe [FuE-Indikatoren](#)).

Sehr gut platziert ist das Land dagegen bereits heute in Bezug auf die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen: Hier belegt das Königreich 2018 Rang 3 hinter den USA und China und knapp vor Deutschland (Quelle: SCImago. SJR — SCImago Journal & Country Rank. Retrieved June 4, 2019, from <http://www.scimagojr.com>).

Das Vereinigte Königreich zählt zu den wenigen Ländern, in denen ein und dasselbe „Superministerium“ (seit 2009) sowohl für FuE und Innovation in Unternehmen als auch für FuE und Innovation in Hochschulen zuständig ist. Das Ministerium für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie (Department for Business, Energy and Industry Strategy, BEIS) erhielt seinen jetzigen Zuschnitt im Juli 2016, als das ehemalige Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Kompetenzen (BIS) mit dem Ministerium für Energie und Klimawandel (DECC) fusioniert wurde.

Innerhalb des öffentlichen Forschungssektors spielen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine untergeordnete Rolle. Das Vereinigte Königreich hat länger als die meisten anderen Länder gezögert, öffentlich finanzierte Einrichtungen für industrienaher Forschung (ähnlich wie Fraunhofer) einzurichten. Erst ab 2011 wurden die sogenannten CATAPULT-Zentren geschaffen. 2018 wurde angekündigt, dass das Programm um fünf Jahre verlängert und mit höheren Finanzmitteln unterlegt wird.

Die britischen Hochschulen dominieren mit einem Anteil von 80 Prozent der FuE-Ausgaben den öffentlichen Sektor. 24 führende britische Forschungsuniversitäten sind seit 2007 in der „Russell Group“ zusammen geschlossen. In internationalen Hochschulrankings sind besonders die Spitzenuniversitäten Oxford und Cambridge hervorragend platziert.

Im britischen Forschungs- und Innovationssystem gibt es insgesamt eine stark ausgeprägte Evaluierungskultur, die sich sowohl auf das System insgesamt, als auch auf Hochschulen und Regionen, politische Instrumente und Institutionen erstreckt. Auch die Vergabe von institutioneller Forschungsfinanzierung an Hochschulen richtet sich nach wettbewerblichen Qualitätskriterien („quality-related funding“), basierend auf einer umfassenden Bewertung der Forschungsleistungen der Hochschulen, die zuletzt 2014 durchgeführt wurde. Seit 2018 ist dafür der Förderrat Research England zuständig, die nächste Durchführung ist für 2021 geplant.

Bei der wettbewerblichen FuE-Förderung hält das Vereinigte Königreich auch nach der Reform von 2018 an dem Erhalt von sieben fachlich spezialisierten Forschungsräten fest. Seit April 2018 werden die Aktivitäten von der neuen Dachorganisation United Kingdom Research and Innovation (UKRI) koordiniert. Die unter UKRI zusammen geschlossenen sieben Forschungsräte sowie die Förderorganisationen Research England und Innovate UK (Fokus liegt auf Unternehmen) vergeben zusammen etwa 6 Milliarden GBP pro Jahr an Fördermitteln.

Die traditionsreichen britischen Akademien, die Royal Society, die Royal Academy of Engineering (RAE), die British Academy (BA) und die Academy of Medical Sciences (AMS) vergeben ebenfalls wettbewerbliche Förderung für FuE in den ihnen zugeordneten Disziplinen, vor allem an die Hochschulen. Der britische Wellcome Trust ist eine private gemeinnützige Einrichtung, die dank stetig wachsender Fördermittel inzwischen zu den „Global Players“ bei der Förderung von Gesundheitsforschung gehört.

Der Schwerpunkt der Ausgaben für FuE in Unternehmen (BERD) liegt im Sektor Dienstleistung. Bei der industriellen Fertigung liegen Arzneimittel und Medizintechnik an erster Stelle. Mit Unterstützung des Ministeriums für Internationalen Handel (Department for International Trade, DIT, bis 2016 UK Trade and Investment, UKTI) ist es dem Vereinigten Königreich bisher gelungen, zahlreiche multinationale Unternehmen ins Land zu holen. Fast ein Fünftel der Unternehmensausgaben für FuE stammt von Firmen, die ihren Hauptsitz im Ausland haben. Während sich die Regierung intensiv darum bemüht, die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen zu verbessern, vergeben Unternehmen bisher nur relativ selten Forschungsaufträge an Hochschulen.

Der Government Chief Scientific Advisor (GCSA) leistet wissenschaftliche Politikberatung für die britische Regierung und untersteht direkt dem Premierminister bzw. der Premierministerin. Er oder sie ist nicht nur für Wissenschafts- und Technologiepolitik zuständig, sondern auch dafür, dass das Kabinett in seinen politischen Entscheidungen insgesamt wissenschaftliche Erkenntnisse und wissenschaftsbasierte Empfehlungen nutzt. Der unabhängige Council for Science and Technology (CST) leistet dagegen vor allem Beratung zu ressortübergreifenden Fragen der Wissenschafts- und Technologiepolitik.

Die Forschungs- und Innovationsstrategie „[Our plan for growth: Science and Innovation](#)“, unter der für den Zeitraum von 2016 bis 2021 ca. 6 Mrd. GBP zur Verfügung gestellt werden, wurde noch unter der liberal-konservativen Koalition 2014 angenommen. 2017 veröffentlichte die britische Regierung das Weißbuch „Industrial Strategy: Building a Britain Fit for the Future (White Paper)“. Die [Industriestrategie](#) identifiziert vier wesentliche Herausforderungen:

- die Notwendigkeit in FuE sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite her verstärkt zu investieren,
- Ideen, die aus wissenschaftlicher Forschung entstehen, besser und häufiger für eine kommerzielle Nutzung weiterzuentwickeln,
- exzellente Forschung und Innovation zu fördern, die in lokalen Zusammenhängen Wirtschaftswachstum unterstützt und
- die Reputation und Attraktivität und damit die führende Rolle des Landes in der internationalen FuE-Kooperation zu bewahren.

Unter der Industriestrategie hat sich das Vereinigte Königreich 2017 das Ziel gesetzt, die FuE-Intensität bis 2027 auf 2,4 Prozent (den OECD-Durchschnitt von 2016) zu steigern. Dazu werden im Zeitraum zwischen 2017 und 2021 unter dem „Industrial Strategy Challenge Fund“ zusätzliche Fördermittel in Höhe von 1 Milliarde GBP zur Verfügung gestellt. Um auch die Unternehmen mit an Bord zu holen und zu verstärkten Investitionen in FuE zu bewegen, schließt die britische Regierung sogenannte Sektorenabkommen ([Überblick zu den „Sector Deals“](#)).